

Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 1651/2023

Abteilung: Fachbereich 4

Bearbeiter/in: Kaci, Tanja

Haushaltswirksamkeit: nein ja, bei

Investitionskosten: nein ja

Drittmittel: nein ja

Folgekosten/laufender Unterhalt: nein ja

Im laufenden Haushalt eingeplant: nein ja

Betroffene Nachhaltigkeitsziele:



Produkt:

Betrag:

Betrag:

Betrag:

Fundstelle:

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsstatus
Jugendhilfeausschuss	27.09.2023	öffentlich	Information

Betreff: Unbegleitete minderjährige Ausländer*innen (umA) – aktuelle Situation

Information:

Die Verwaltung hat in den vergangenen Sitzungen des Ausschusses über aktuelle Entwicklungen im Bereich der unbegleiteten minderjährigen AusländerInnen berichtet.

Die ab November 2022 aufgebauten Strukturen der Unterbringung von umA sowie die Einrichtung eines umA-Fachdienstes ab Juni 2023 in den Sozialen Diensten zeigten sich in der ersten Jahreshälfte 2023 soweit geeignet, aber auch erforderlich, die im Landesdurchschnitt vergleichsweise hohen Zahlen von Jugendlichen, die in Speyer vorläufig Inobhut genommen werden, zu versorgen.

Mit Schreiben vom 10.07.2023 hat das Schwerpunktjugendamt Trier die Zweckvereinbarung über die Aufnahme und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen AusländerInnen gegenüber der Stadt Speyer und gegenüber weiteren Jugendämtern im südlichen Rheinland-Pfalz zum 31.05.2024 fristgerecht gekündigt. Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Zugänge und der damit einhergehenden Überlastung hat das Schwerpunktjugendamt mit weiterem Schreiben vom 06.09.2023 die Leistungen mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Bereits zuvor haben die Zugangszahlen dazu geführt, dass die Weiterleitung der umA an das Schwerpunktjugendamt ins Stocken gekommen sind und somit hat sich der Verbleib im Zuständigkeitsbereich des Jugendamts Speyer erneut erheblich verlängert hat.

Das Fehlen von ausreichenden Versorgungsstrukturen in der Kombination mit saisonalen erheblichen Schwankungen in den Zuzugszahlen stellt seit längerem bundesweit eine anhaltende und herausfordernde Problematik dar.

Durch die Verortung der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes ist Speyer im Bereich vorläufige Inobhutnahme deutlich stärker frequentiert und gefordert als andere Kommunen. Das Jugendamt steht mit dem Landesjugendamt und Ministerium dazu in Kontakt.

In der Sitzung erfolgt eine weitere mündliche Erläuterung der aktuellen Situation.